

Harald Bergsdorf

Extremismus und demokratische Kultur

Henrik Steglich:
Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolges und Scheiterns,
Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2010,
457 Seiten, 63,75 Euro.

Christoph Ruf:
Was ist links? Reportagen aus einem politischen Milieu,
Verlag C.H. Beck, München 2011, 253 Seiten,
12,95 Euro.

Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse (Hrsg.):
Jahrbuch Extremismus & Demokratie,
23. Jahrgang 2011,
Nomos Verlagsgesellschaft,
Baden-Baden 2012,
535 Seiten, 49,00 Euro.

Warum „Rechtsaußenparteien“ mitunter die Fünf-Prozent-Hürde überspringen, danach fragt Henrik Steglich in seinem Buch. Seine Kernfrage lautet, welche in- und externen Gründe es gibt für (Miss-)Erfolge von „Rechtsaußenparteien“ und wie diese Gründe je-

weils zusammenwirken. Um seine Kernfrage zu beantworten, vergleicht er Erfolge und Scheitern solcher Parteien bei fast allen Landtagswahlen seit 1990. Sein zentrales Ziel ist es, Bedingungen zu identifizieren, unter denen die Wahrscheinlichkeit solcher Wahlerfolge steigt oder sinkt. Deshalb gewichtet er jene verschiedenen Faktoren, die Wahlerfolge von „Rechtsaußenparteien“ eher begünstigen oder behindern. Seine primär empirische Untersuchung konzentriert sich auf unterschiedliche „Rechtsaußenparteien“ wie die Republikaner (REP), die NPD, die DVU und die verblichene Schillpartei.

In weiten Teilen bestätigt Steglichs Analyse bekannte Befunde. Um Chancen in Erfolge zu verwandeln, braucht eine „Rechtsaußenpartei“ zunächst ein hinreichendes Wählerpotenzial. Dazu gehören normalerweise vor allem junge, schlecht ausgebildete Männer, die sich sozial benachteiligt fühlen, besonders demokratiever-

drossen sind und zumindest Elemente einer rechts-extremen Weltanschauung in sich tragen, zum Beispiel Rassismus. Doch unter welchen Umständen lässt sich ein solches Wählerpotenzial auch für „Rechtsaußenparteien“ mobilisieren und ausschöpfen? Dafür brauchen solche Parteien eine kampagnefähige Aussage, ein aktuelles, brisantes Thema, das die anderen Parteien unterschätzen und vernachlässigen, obwohl es viele Menschen umtreibt (etwa Zuwanderung oder Hartz IV). Wenn es einer „Rechtsaußenpartei“ gelingt, ein solches Thema zu besetzen oder gar zu monopolisieren, steigen ihre Wahlchancen stark, ohne Wahlerfolge allein deshalb zu „garantieren“ – oft reicht schon ein Stimmenanteil von einem Prozent, weil sie damit an der staatlichen Parteienmitfinanzierung partizipieren.

Besetzen können „Rechtsaußenparteien“ ein kampagnefähiges Thema normalerweise aber nur,

wenn die Massenmedien und/oder der eigene Parteiapparat es in die breitere Öffentlichkeit zu ihrem eher unpolitischen Wählerpotenzial tragen. Nur ausnahmsweise können solche Parteien mangelnde oder fehlende Medienpräsenz und einen schwachen Parteiapparat durch kostenintensive Werbefeldzüge kompensieren, wie die DVU 1998 in Sachsen-Anhalt gezeigt hat. Damals errang die Phantompartei über zehn Prozent. Hilfreich, aber nicht unverzichtbar für gelegentliche Erfolge einer „Rechtsaußenpartei“ ist – neben einem Wahlkampfthema – natürlich auch ihr Personal, wenn es aktiv ist, seriös scheint und sogar charismatisch auftritt. Wichtig sind normalerweise auch strategische Absprachen unter „Rechtsaußenparteien“, bei Wahlen nicht gegeneinander anzutreten und dadurch einander keine Stimmen wegzunehmen, die am Ende fehlen, um die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Dieser Faktor förderte wesentlich die jüngeren Wahlerfolge der NPD – und erschwert seit langem Wahlerfolge der rechtsextremen REP, die sich Absprachen verweigern, um sich ein seriöses Image zu geben.

Zu den zentralen Faktoren, die Wahlerfolge von „Rechtsaußenparteien“

üblicherweise eher hemmen, gehört die politische Kultur der Bundesrepublik, insbesondere die ausgeprägte Ablehnung von Ressentiments gegen demokratische Grundwerte und von Sentiments für Rechtsextremismus. Eher hinderlich für Wahlerfolge von „Rechtsaußenparteien“ ist es normalerweise auch, wenn die gemäßigten Parteien jene zentralen Probleme lindern oder gar lösen, die aus Sicht von größeren Teilen der Bevölkerung vordringlich sind. Eine starke Zivilgesellschaft, die sich gegen Rechtsextremismus engagiert, kann Wahlerfolge von „Rechtsaußenparteien“ ebenfalls hemmen. Das lässt sich in großen Teilen West-, aber auch in Teilen Ostdeutschlands beobachten.

NS-Ideologie kein Hindernis

Kein sonderlich hemmender Faktor für Wahlerfolge von „Rechtsaußenparteien“ ist hingegen eine fast lupenreine NS-Ideologie. Das zeigt gerade das Beispiel NPD. Steglich zumindest fand keinen klaren (kausalen) Zusammenhang zwischen Wahlniederlagen und einer Hardliner-Ideologie beziehungsweise Wahlerfolgen und einem weichgespülten Image. Vielmehr errangen seit 1990 sowohl Parteien wie die NPD spekta-

kuläre Wahlerfolge als auch weniger fanatische Kräfte wie die Schillpartei – freilich maskiert sich heute auch die NPD gern und mimt den engagierten Kümmerer vor Ort. Zu monokausal scheint deshalb tatsächlich die Formel, je gemäßigter „Rechtsaußenparteien“ auftreten, desto erfolgreicher sind sie.

Henrik Steglich vernachlässigt in seinem Buch das Thema „Rechtsaußenparteien“ in den Massenmedien. Hier und auch bei anderen Hauptfaktoren hätte – neben seinem primär nationalen – ein internationaler Vergleich fruchtbar sein können. So diskutierte der erfolgreiche Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen in Frankreich regelmäßig und ausführlich im Fernsehen. Diese Art von Aufklärung im Fernsehen schadete ihm offenkundig nicht, eher profitierte er von ihr. Insgesamt präsentiert Steglich jedoch ein sehr solides Buch. Es liefert eine hilfreiche Orientierung, um rechtsextreme Wahlerfolge künftig besser zu erklären. Für die Zukunft erwartet er weiter nur sporadische und regionale Erfolge von „Rechtsaußenparteien“ in Deutschland.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums sucht Christoph Ruf Antworten auf die Frage, was

links sei? Ist Hartz IV linke Politik? Ist der SPD-Politiker Sarrazin links, dessen Thesen über Zuwanderung gerade bei kleinen Leuten Anklang finden? Verdienen die Grünen, deren Wähler oft zu den gut verdienenden Kunden von Bioläden gehören, das Etikett „links“? Ist die Linkspartei wirklich links, wenn sie massive Menschenrechtsverletzungen etwa auf Kuba geringschätzt?

DAS ist Links?

Christoph Ruf interessiert sich primär für Analysen, Ideen und Ziele von einfachen Mitgliedern der drei wichtigsten Kräfte im linken Spektrum: SPD, Grüne und Linkspartei.

Eher an der Basis als der Spitze dieser drei Parteien vermutet Ruf auch langfristig tragfähige Antworten auf zentrale Zukunftsfragen, die nur das (ge-einte) linke Spektrum beantworten könne (unter Einschluss der Linkspartei). Die Recherchen für sein meinungsfreudiges Buch führen ihn quer durch Deutschland.

Auf seiner Reise durchs Land besucht und befragt er normale Parteimitglieder, aber auch solche Amts- und Mandatsträger, die seltener vor Mikrofonen Fragen beantworten als die politische Prominenz: Vertreter der SPD-Basis in Sachsen, die Oberbürgermeister (beide SPD)

von Gera und Nürnberg, Bewohner des „grünen“ Freiburger Stadtteils Vauban sowie Funktionäre der Linkspartei in Köln (die Linkspartei ist für Ruf offenbar eine normale, unproblematische Partei).

Erstaunlicherweise disputiert Ruf mit seinen Gesprächspartnern kaum über seine Zentralfrage.

Zumindest berichtet er wenig von inhaltlichen Kontroversen, wenig von Diskussionen über zentrale und schwierige Themen wie linke Sozial- oder Außenpolitik. In fast allem scheinen er und seine Gesprächspartner einig zu sein. Sucht Ruf eher Bestätigung als inhaltliche Auseinandersetzung?

Jedenfalls wäre es interessant gewesen, darüber zu debattieren, ob zum Beispiel die Agenda 2010 links sein kann. Ruf verneint das. Ein Beispiel: Zwar wendet er sich mit guten Gründen gegen Dumpinglöhne, die es seit Schröder vermehrt gibt. Doch der Vorschlag, flächendeckend einen undifferenzierten Mindestlohn gesetzlich einzuführen, verteuerte wohl viele Produkte und vernichtete Arbeitsplätze. Unter beidem müssten vor allem kleine Leute leiden. Wäre das links?

Auf den ersten Blick ist auch seine Kritik am aktuellen Übermaß an befris-

teter Beschäftigung sehr einleuchtend. Denn wenn viele Berufseinsteiger nur befristet beschäftigt werden, leiste das unter anderem einen fatalen Beitrag zu geringen Geburtenraten – wohl mehr als viele andere Faktoren. Doch auch hier argumentiert Ruf stark unterkomplex und faktenfern. So erhält immerhin die Hälfte der zunächst befristet Beschäftigten danach einen Dauerarbeitsplatz. Ruf übersieht auch die wahrscheinliche Alternative zu unschönen Befristungen von jungen Arbeitnehmern: Höhere Arbeitslosigkeit von jungen Leuten. Das lässt sich derzeit gerade im südeuropäischen Ausland beobachten, wo die Jugendarbeitslosigkeit viel höher ist als hierzulande.

Rufs Forderung, Unternehmer, Beamte und andere Bürger sollten, um Solidarität zu beweisen, in die staatliche Rentenversicherung einzahlen, übersieht den Rentenzuschuss aus Steuermitteln, den der Bund jährlich in die Rentenkassen überweist – 80 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist der höchste Posten im Bundeshaushalt, an dessen Aufkommen sich vor allem Gutverdiener beteiligen. Außerdem bedeuten mehr Einzahler normalerweise auch mehr Leistungsnehmer. Solche „Nebensächlichkeiten“ übergeht Ruf großzügig.

Einseitig geraten ist auch Rufs Kritik am Prinzip des Wettbewerbs in der Sozialen Marktwirtschaft. Denn neben Schattenseiten kann Wettbewerb auch positive Wirkungen gerade auch für kleine Leute entfalten. Zum Beispiel hat der Wettbewerb auf dem Telefonmarkt Gebühren drastisch gesenkt. Dass neben Privat- auch Staatsbanken die Finanzkrise mit verursacht haben, übersieht Ruf ebenfalls.

So geht es fast durchgängig in Rufs Buch, das kaum Zweifel erkennen lässt: Es thematisiert echte Probleme, bietet aber oft zu einseitige Analysen und zu einfache Lösungsvorschläge. Differenzierte, innovative, unkonventionelle Antworten auf seine zentrale Frage gibt er leider kaum. Stattdessen triumphieren in seinem Buch Gesinnung und Ideologie über Sachkenntnis und Urteilskraft. Vor allem ignoriert Ruf die Probleme der öffentlichen Haushalte, deren hohe Verschuldung Ausgaben für sozial Bedürftige, für Bildung und für Innovation erschwert. Mehr Schulden machten vor allem Banken und Reiche reicher, bei denen sich der Staat Geld leihen müsste. Wäre das links?

Anders als Rufs oberflächliches Buch bietet das neue *Jahrbuch Extre-*

mismus & Demokratie tief-schürfende Analysen. Im aktuellen Band untersucht Eckhard Jesse Funktionen, Bedeutung und Gestaltwandel von Feindbildern im Extremismus und Totalitarismus.

Feindbilder und Sündenböcke

Bereits Erich Mielke betonte, wie wichtig ein Feindbild sei, wie bedeutsam es für die SED, ihr MfS und seine Zuträger sei, den „kapitalistischen Feind ... zu hassen“. Gerade die grausame Mordserie des rechtsterroristischen NSU unterstreicht, wohin Feindbilder, wie sie vor allem die NPD und ihr Umfeld verbreiten, führen können.

Mit ihren Feindbildern wollen Diktaturen und Extremisten für die eigene Ideologie mobilisieren, Sündenböcke identifizieren, Komplexität rigoros reduzieren, Bedrohungsgefühle steigern, moralische Hemmschwellen senken und den Zusammenhalt ihrer Gruppierung oder Partei stärken – nach innen und außen. Primär richtet sich das Feindbild-Denken von Extremisten aller oder einzelner Richtungen gegen Juden, Christen, Muslime, Demokraten, Behinderte, Migranten, „Kapitalisten“, Homosexuelle, US-Amerika, Israel und viele mehr. Im realen Leben freilich

geraten Extremisten zuweilen in Konflikt mit Leuten, die gerade nicht zu ihren Feindbildern gehören. Das erlebten jüngst Linksautonome, als eine Bande von Intensivtätern mit Zuwanderungsgeschichte sie attackierte, also keine „Nazis“, aber auch keine „Bullen“, deren Hilfe sie dann aber einforderten.

Im Feindbild-Denken der NPD hat der Antiamerikanismus massiv an Bedeutung gewonnen und der Antikommunismus zuletzt massiv an Bedeutung verloren. Die SED-Diktatur gilt in NPD-Kreisen inzwischen sogar als das deutschere Deutschland und damit teilweise sogar als vorbildlich, unter anderem wegen der geringen Migranten- und Judenquote in der DDR sowie der Feindlichkeit der SED gegenüber den Kirchen, Israel, den USA und der Demokratie als solcher. Besonders ambivalent ist das Verhältnis der NPD zum Islam: Einerseits wachsen islamophobe Tendenzen in der NPD, die als Sammelbecken von schlecht integrierten Deutschen fungiert. Andererseits meint die antisemitische NPD, *dieser* Islam helfe ihr, das zu verhindern, was sie massiv ablehnt, weil es ihrem antimuslimischen Feindbild widerspricht: Integration von Muslimen. Die Massenmorde vom 11. Septem-

ber 2001 gelten der gewaltnahen NPD – gemäß ihrem antiamerikanischen Feindbild – als Inszenierungen und als „sogenannte islamistische“ Anschläge.

Ein weiteres Feindbild, den Kapitalismus, teilt die völkische NPD, zumindest ansatzweise, mit der Linkspartei, die wie ein „antikapitalistisches Bollwerk“ operiert. Im krassen Kontrast zur Theorie von Marx und zur realsozialistischen/kommunistischen Praxis hat der „Kapitalismus“ die „Verelendung“ der großen Mehrheit massiv verringert, nicht erhöht – gerade in Deutschland durch Demokratie und Soziale Marktwirtschaft. Zumindest lebt die große Mehrheit heute unter wesentlich besseren Bedingungen als im 19. Jahrhundert. Das unterstreichen der rapide gestiegene Lebensstandard, die verbesserte Gesundheitsversorgung und Arbeitsbedingungen, die stark gesunkene Lebensarbeitszeit (durchschnittlich nur noch rund zehn Prozent von der gesamten Lebenszeit) und die erheblich gestiegene Lebenserwartung.

Solche sozialen Fortschritte – gerade auch wegen der Technisierung – können gläubige Marxisten und andere Ideologen freilich kaum beeindruckten. Für sie ist der „Kapitalismus“ unreformierbar. „Reformismus“ ist für sie

geradezu ein Schimpfwort. Deshalb wandelte sich in den 1960er-Jahren die Stoßrichtung der Kritik am alten Feindbild. Nun hieß es, der Kapitalismus biete den Massen nicht zu wenig, sondern zu viel an Konsum. So wettete Herbert Marcuse gegen westliche Überflussgesellschaften und Konsumterror. Unterdessen festigte die SED in der DDR ihre neue Klassen- und Mangelgesellschaft. Diese unterschied bei der Zuteilung von knappen Waren, Dienstleistungen und Chancen zwischen systemnahen und systemfernen Bürgern, die aus ihrer Sicht eher Untertanen waren.

Feinde im eigenen Lager

Um ihre Feindbilder sorgsam zu pflegen, brauchen Extremisten neben der Demokratie ihre extremistischen Antipoden – auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Intensität, wie Jesse darlegt. Da Extremisten in der Regel kompromissfeindlich gestrickt sind, suchen und finden sie aber auch in den eigenen Reihen immer wieder Feindbilder. Im Linksextremismus befanden sich zum Beispiel Antimperialisten und Antideutsche – Antideutsche beweisen nach der Hitlerei einerseits Empathie für Israel und das Judentum,

pflegen andererseits aber eine Art antideutschen Rassismus, der sich letztlich auch gegen sie selbst richtet, da sie in ihrer großen Mehrzahl deutsche Staatsangehörige sind. Anders als Extremisten sollte der demokratische Verfassungsstaat, wie Jesse mahnt, ohne Feindbilder auskommen. Feinde der Demokratie verdienen härteste Gegenwehr, ohne deshalb, so Jesse, im Rechtsstaat vogelfrei zu sein, wie Links- oder Rechtsextremisten meinen.

Der weltoffene und diskussionsfreudige Geist, der das Jahrbuch durchweht, seine klaren Standpunkte und sein waches Interesse für andere Auffassungen zeigen sich gerade auch in der Rubrik *Forum*, die sehr unterschiedliche Meinungen zu Wort kommen lässt. Im aktuellen Forum äußern sich Vertreter von CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen und Linkspartei (Ulla Jelpke) zum Streit über die Frage, warum das Bundesfamilienministerium seit 2010 von seinen Fördergeldnehmern verlangt, sich per Unterschrift ausdrücklich zur Demokratie zu bekennen und minimalinvasiv zu prüfen, ob Partner keine Extremisten sind – das nennen Kritiker „Gesinnungsschnüffelei“ und Generalverdacht. Tatsächlich engagieren sich immer wieder auch Nichtdemo-

kraten gegen einzelne Extremisten. Hier kann die Demokratieklausele helfen, für Demokratietreue zu sensibilisieren, damit weniger Antidemokraten von knappen Steuergeldern profitieren – direkt oder indirekt. Wie zurückhaltend die Klausel dabei ausgerichtet ist, zeigt schon ihre Bereitschaft, auch DIE LINKE nicht pauschal von einer Kooperation gegen Rechtsextremisten auszuschließen.

Ein Bekenntnis zur Demokratie Leuten abzuverlangen, die von Steuergeldern profitieren, ist grundsätzlich auch keine neue Praxis, sondern gibt es bereits seit längerer Zeit in vielfältiger Weise in Deutschland – und zwar ohne nennenswerte Kritik daran. Dass Kritik an der Demokratie-Klausel heuer freilich so heftig ausfällt, liegt wohl wesentlich an ihrer Weigerung, Linksextremismus zu ignorieren. Doch je mehr Demokraten und je weniger (gewalttätige) Extremisten sich gegen Extremismus engagieren, desto glaubwürdiger, weniger abschreckend und damit wirksamer kann ein solches Engagement sein. Möglicherweise animiert ein solches Auftreten durch seine gesteigerte Glaubwürdigkeit weitere Demokraten, sich gegen Rassismus und andere Arten von Extremismus zu engagieren. Das

wäre eine gute Nachricht für die Demokratie und eine schlechte für ihre Gegner oder Feinde. Eine andere Frage ist, wie wirksam eine solche Unterschrift sein kann. Denn auch „antikapitalistische“ Extremisten folgen gern dem Satz *pecunia non olet*.

Schließlich rezensiert das Jahrbuch jüngste Literatur. Darunter befinden sich – in der Rubrik *Kontroversen besprochen* – vier Rezensionen von Thilo Sarrazins Bestseller *Deutschland schafft sich ab*. Über erhebliche Integrationsprobleme und Verweigerung zu diskutieren und sie mit gelassener Entschlossenheit zu bekämpfen, bleibt tatsächlich eine Megaaufgabe, wie laut Umfragen gerade auch „kleine Leute“ und integrierte Migranten befinden. Genau solche Integrationserfolge, die gerade auch durch gemeinsame Musik und Mannschaftssport wachsen, vernachlässigt Sarrazin in seinem Buch, etwa die langsam wachsenden Bildungserfolge junger Türken. Ebenso übergeht er fast vollständig die Bedeutung von Migranten für viele Branchen und für das gesamte Gemeinwesen. In seinem Buch, in dem Halbwahrheiten dominieren, offenbart er stattdessen immer wieder seinen Berliner Tunnelblick – in Stuttgart, Mün-

chen und anderswo ist die Lage oft weniger problematisch; unter anderem deshalb, weil es dort viel bessere Bildungs- und Beschäftigungschancen gerade auch für Migranten gibt. Viele Migranten bereichern Deutschland – materiell, aber auch immateriell. Durch sie lässt sich unter anderem Respekt vor Religion, Familiensinn, Kinderfreundlichkeit und Gastfreundschaft (neu) lernen. Um wie viel ärmer wäre Deutschland ohne afrikanische Nonnen, türkische Kioskbetreiber und Intellektuelle, brasilianische Fußballspieler, italienische Pizzabäcker und Eisdielenbesitzer, japanische Opernsänger, kroatische Krankenschwestern, ägyptische Altenpflegerinnen und viele mehr?

Erneut liefert das Jahrbuch viel sachliche und sachkundige Information, viel Aufklärung, viel fundierten Diskussionsstoff für Wissenschaftler, Journalisten, Mitarbeiter von einschlägigen Behörden, Lehrer, Engagierte in der demokratischen Zivilgesellschaft und weitere Interessierte. Auch der 23. Jahrgang des Jahrbuchs fungiert – in bewegten Zeiten wie diesen – als Seismograf und Kompass für Debatten über Extremismus und Demokratie in Deutschland und anderswo.